



magentat

Betriebsblatt von KollegInnen für KollegInnen

Nach dem Tarifabschluss bei der Telekom: 50.000 Arbeitsplätze in Gefahr!

Der neue Vorstandsvorsitzende Sihler hat einen harten Kurs angekündigt – besonders beim Personalabbau. Dafür ebnet ihm der letzte Tarifabschluss den Weg. **Nicht nur für ein paar Prozente mehr sind die KollegInnen bei der Telekom auf die Straße gegangen, sondern um Personalabbau und die Gründung einer Beschäftigungsagentur zu verhindern.**

Leider ist das wegen der Politik der Gewerkschaftsspitze nicht gelungen. "(...) in der Tarifrunde 2002 hat die Deutsche Telekom AG ihr Hauptziel (...) erreicht: ver.di trägt die Gründung einer eigenen Personalservice-Agentur mit, die den Abbau von Personalüberhängen im Konzern erleichtern soll", schrieb das Handelsblatt am 1. Juli 2002. Das erleichtert es dem Arbeitgeber seine Pläne, massiv Stellen abzubauen, umzusetzen.

Ver.di-Fachgruppenleiter Jürgen Spiegelberg spricht davon, dass in diesem Jahr schon 10.000 KollegInnen gehen müssen (Handelsblatt, 1. Juli 2002). Den meisten ist jetzt schon klar, wenn jemand zum Beispiel in den Ruhestand geht, wird kein neuer Kollege oder Kollegin kommen. Doch die Telekom setzt noch einen drauf. Wurde am Ende der Tarifverhandlungen noch von 22.000 Stellen gesprochen, die wegfallen sollen, ist jetzt von 30.000 Stellen bis 2004 die Rede. Danach läuft der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen aus, was es den Telekom-Bossen einmal mehr erleichtert, noch mindestens 20.000 Arbeitsplätze 2005 zu vernichten. „**Insgesamt will die Telekom (...) in den nächsten Jahren auf mehr als 50.000 Beschäftigte verzichten.**“ (FAZ, 9. Oktober 2002) Nachdem die Zahlen bekannt wurden, hat die ver.di-Führung Widerstand angekündigt. Doch was sind das für Gewerkschaftsfunktionäre, die zum Beispiel mit der Aussage in die Verhandlungen gingen, „dass eine bestimmte Zahl von Beschäftigten zu viel an Bord ist“ (Rüdiger Schulze, Spiegel Online, 29. Juni 2002) - und uns den Abschluss hinterher als Erfolg verkaufen wollen. Und auf welcher Seite stehen sie?

Die 10.000 Beschäftigten, die am Warnstreik teilnahmen, haben gezeigt, dass sie bereit sind zu kämpfen. Aufgabe der Gewerkschaftsführung wäre es gewesen, Urabstimmungen durchzuführen und einen entschlossenen Kampf gegen Personalabbau zu organisieren, anstatt nach einem bundesweiten Warnstreik die Beschäftigten mit ein paar Dankesworten wieder an die Arbeit zu schicken.

Bei der Fusion zu ver.di hieß es auf Hochglanzmaterialien, dass die neue Super-Gewerkschaft viel kampfkraftiger und geschlossener wäre. Diese Kampfkraft muss aber auch genutzt werden. Tausende Beschäftigter anderer ver.di-Bereiche befanden sich zur gleichen Zeit in Tarifaueinandersetzungen und führten Warnstreiks durch. Eine gemeinsame Demonstration, Streikstrategie und Streikabsprachen hätten gezeigt, wieviel Stärke ver.di wirklich haben kann. Dazu war die Gewerkschaftsführung nicht bereit. **Jetzt heißt es, sich gegen den Personalabbau zu wehren.** Wenn wir Funktionären wie Bsirske und Schulze die

Politik der Gewerkschaft überlassen, wird uns weiter das Fell über die Ohren gezogen. Die Gewerkschaftsführung hat einmal mehr gezeigt, dass sie weit davon entfernt ist, unsere Forderungen umzusetzen. Mit ihren Spitzengehältern leben sie sowieso völlig abgehoben von ihren Basismitgliedern. **Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaft, die ihre Entscheidungen demokratisch trifft.** Tarifabschlüsse bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Beschäftigten. Kämpferisch heißt, sich mit den Bossen anzulegen und so viel wie möglich rauszuholen. Dafür ist notwendig, eine starke kämpferische Opposition in den Gewerkschaften aufzubauen. Das ist nötig, um dafür streiten zu können, dass sie wieder zu dem werden, wozu sie einst gegründet wurden. **Wir müssen uns bei der Telekom und allen anderen Betrieben von unten zusammenschließen, um Druck auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen.** Wir müssen selbst Initiativen für die Verteidigung unserer Interessen ergreifen. Konkret kann das heißen, Anträge in die verschiedenen Gremien einzubringen, Unterschriften für bestimmte Forderungen zu sammeln und Protestaktionen von unten zu organisieren, um Co-Management von Gewerkschaftsfunktionären zu verhindern.

- ➔ **Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze**
- ➔ **Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz, um Proteste zu planen und ein Kampfprogramm gegen weiteren Arbeitsplatzabbau auszuarbeiten**
- ➔ **Betriebsversammlungen, um über die Pläne des Telekom-Vorstandes zu informieren und ein Kampfprogramm zu diskutieren**
- ➔ **Öffnung der Geschäftsbücher**
- ➔ **Demonstrationen vor Ort, um gegen den geplanten Stellenabbau zu protestieren**
- ➔ **Mobilisierung für eine bundesweite Protestdemo, organisiert von ver.di**
- ➔ **Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsamer Protest mit den KollegInnen anderer Betriebe in der Telekommunikationsbranche wie Siemens und anderer Branchen, die mit Stellenabbau konfrontiert sind**
- ➔ **Diskussionen über Streikmaßnahmen**
- ➔ **Einsatz der vollen Kampfkraft von ver.di und den DGB-Gewerkschaften. Keine weitere Unterstützung der Bundesregierung durch die Gewerkschaften**

Gegenwehr ist möglich!

Selbst Gesetze können durch Gegenwehr gekippt werden. Als die Kohlregierung 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aufhob, legten spontan 100.000 MetallarbeiterInnen die Arbeit nieder, um die Umsetzung des Gesetzes in den Betrieben zu verhindern. Sie waren erfolgreich. Dieser Druck zwang die rot-grüne Regierung, nach Kohls Abwahl 1998 dieses Gesetz wieder zurückzunehmen.



Die gewerkschaftseigene Union-Druckerei soll geschlossen werden

Die Spitzen von IG Metall, IG BAU, ver.di und transnet haben beschlossen, die gewerkschaftseigene Druckerei zu schließen. Dabei ist sie eine historische Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung und macht die Gewerkschaften unabhängig von privaten Druckereien. Diese Unabhängigkeit ist wichtig, um zum Beispiel bei Streiks oder sonstigen Auseinandersetzungen mit Unternehmern und Regierungen schnell massenweise Material drucken zu können. Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Situation der Druckerei ist der Beschluss der Gewerkschaftsspitzen weniger zu publizieren und sogar Druckaufträge an billigere, private Druckereien zu geben. Die KollegInnen fordern ein eigenes Sanierungskonzept, medienpolitische Unabhängigkeit und organisieren Proteste. Sie sind auf Unterstützung angewiesen. Schickt Protestbriefe an die Vorstände von IGM, ver.di, IG BAU und transnet, sowie Solibriefe an betriebsrat@ud-online.de. Eine Unterschriftenliste kann auch online unter <http://union.gleichjetzt.de> unterschrieben werden.

Ron Sommer: Von einem der auszog, das Absahnen zu lernen

Die Erhöhung der Vorstandsgehälter im letzten Jahr um 90 Prozent, noch zudem er Milliardenverluste erwirtschaftete, empfanden viele KollegInnen schlichtweg als Frechheit. Vorstände haben schon so die Möglichkeit, Zahlen zu beschönigen, um besser dazustehen und so auch besser zu verdienen. Im Ernstfall können sie sich locker eine Directors and Officers-Versicherung leisten, die ihre Fehler finanziell für sie absichert. Doch Ron Sommer schießt den Vogel ab. Nachdem er als Vorstandschef ersetzt wurde, bekommt er auf jeden Fall bis 2005 die vollen Jahresgehälter, die er bis dahin als Vorstandschef verdient hätte. Das sind jährlich 2,5 Mill. Euro. Offen ist noch, ob diese Zahlung zusätzlich bis 2008 verlängert wird. Wenn ja, so erhält Ron Sommer insgesamt 15 Mill. Euro in den nächsten sechs Jahren allein an Festgehalt fürs Nichtstun! Falls also dieses Jahr zum Beispiel unter den 10.000 Beschäftigten, die die Telekom abbauen will, ein 30jähriger Arbeitnehmer ist, sollte er folgendes fordern: Ich bin ja nicht schuld daran, dass die Telekom so schlecht wirtschaftet. Also habe ich Anspruch auf meine Jahresgehälter in Höhe von ungefähr 20.000 Euro netto jährlich, bis 2037 – meinem offiziellen Rentenalter. Das macht dann 700.000 Euro fest ohne etwas zu tun von der Telekom. Soviel Geld können ein paar Vorstandsmitglieder nicht erarbeiten, aber tausende Telekom-KollegInnen können sich einen abrechnen, damit ein paar Vorstandsmitgliedern horrende Gehälter gezahlt werden können.

Telekommunikation oder Krisenkommunikation?

Im Rahmen der in den 90er Jahren einsetzenden Privatisierungswelle bildete die Deutsche Bundespost eines der Herzstücke der Angriffe: sie wurde in die "gelbe" Deutsche Post, die "blaue" Postbank und die "magentafarbene" Deutsche Telekom AG zerschlagen. Durch die drei Börsengänge (1996, 1999 und 2000) der Deutschen Telekom AG flossen circa 10 Milliarden Euro in die deutsche Staatskasse. Millionen Menschen wurden zu Kleinaktionären und glaubten an eine sichere Geldanlage.

Seit Mitte 2000 sind weltweit 500.000 Arbeitsplätze im Telekommunikationssektor vernichtet worden. Die Telekomschuldenkrise ist kein rein deutsches Phänomen. In Europa und auch in den USA spiegeln sich im Telekommunikationssektor die verheerenden Folgen der Privatisierung wider. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte.

Der Aufbau öffentlicher Unternehmen wie der Bundespost wurde aus Steuergeldern finanziert – jetzt gehen die Gewinne an Vorstandsmitglieder, die Arbeitsplätze bleiben auf der Strecke und die öffentlichen Haushalte, die früher die Überschüsse erhalten haben, gehen leer aus und müssen zusätzlich die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen.

In Spanien ist der Telefonmarkt seit über sechs Jahren privatisiert. Während bei Sintel (eine der vielen Ausgliederungen aus dem ehemals staatlichen Betrieb Telefonica) vor fünf Jahren noch 3.700 Menschen gearbeitet haben, sind es jetzt nur noch 1.800. Bildung, Gesundheitsdienste und Kommunikation dürfen keine Spielwiese für Aktionäre sein, die ihr Kapital profitabel anlegen wollen.

Der Preis, den die Beschäftigten zahlen, ist hoch: Flexibilisierung, Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und zunehmende Arbeitshetze.

Der Telekommunikationssektor erlangte auch traurige Schlagzeilen durch Börsen- und Immobilienspekulationen, Bilanzfälschungen und Bereicherungen.

Mehrmals wurde vom Bundesrechnungshof angemahnt, dass die Immobilienwerte der Telekom zu hoch bilanziert sind, wodurch das Vermögen auf unlautere Weise vergrößert wurde. Die UMTS-Lizenzen wurden weit über ihrem Wert gekauft. Seit dem Höhepunkt des Telekom-Aktienkurses (6. März 2000: 103,50 Euro) brach der Aktienkurs um 90 Prozent ein, auf bis zu 8 Euro. **Unter den Verlierern waren auch die fast drei Millionen Kleinaktionäre, die ihr Gespartes verloren.** Die Deutsche Telekom AG gilt inzwischen mit 70 Milliarden Euro als hoch verschuldet, wird aber von europäischen Konkurrenten noch übertroffen. Die teilprivatisierte France Telekom ist mit 75 Milliarden Euro verschuldet. Von der Pleitewelle im Telekommunikationssektor wurde die Tochter der spanischen Telekom-Gesellschaft Telefonica und die finnische Sonera erfasst. In den USA kam es im Juli 2002 zur Pleite der zweitgrößten US-Telekommunikationsgesellschaft WorldCom, die bisher größte Insolvenz in der US-Geschichte mit 41 Milliarden Euro.

Die Krise der internationalen Telekommunikationsbranche spiegelt folgende weltweite wirtschaftliche Vorgänge wider:

- Die größten Privatisierungen von Staatsvermögen in Europa, Japan und der Dritten Welt, mit riesigen Börsengängen. Die Einnahmen für die Staatshaushalte waren gering im Vergleich

zu den vorherigen kontinuierlichen Einnahmen und trugen mit zu der Überschuldung von Staaten bei.

Die fehlenden Einnahmen führen nun zu Kürzungen, von denen Beschäftigte, Jugendliche und sozial Schwache am härtesten betroffen sind. Die meisten Bundesländer (in Deutschland) haben schon vor Jahresmitte eine Haushaltssperre erlassen.

- Die übersteigerten Hoffnungen in die Entwicklung der Informationsgesellschaft.
- Die Gewährung riesiger Kredite (weltweit liehen die Banken der Telekom Branche Geld in Höhe von 1.000 Milliarden US-Dollar), die nun Teil der drohenden Bankenkrise werden.
- Bilanzfälschungen und die künstliche Aufblähung von Gewinnen – WorldCom hatte in fünf Quartalen die Gewinne in einer Höhe von 3,9 Milliarden US-Dollar künstlich aufgebläht.

Inzwischen greift die Krise des Telekommunikationssektors auch auf andere Branchen über, wie zum Beispiel Zulieferer und Hersteller von Endgeräten, Netzausrüster u.a. Weitere Telekom-Pleiten stehen an und damit auch weitere Arbeitsplatzvernichtungen.

Da nach dem Prinzip der Marktwirtschaft jedes Unternehmen versucht, soviel wie möglich zu verkaufen, werden ständig Kapazitäten aufgebaut, um Wachstum und Profite zu steigern. Das führt in der Marktwirtschaft regelmäßig zu Überproduktion und Überkapazitäten - gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage, nicht an den Bedürfnissen. **Im Jahre 2000 wurden in Deutschland noch 30 Millionen Handys verkauft, 2001 20 Millionen.** Trotzdem wird die Produktion nicht an die Bedürfnisse angepasst und riesige Überkapazitäten angehäuft, durch die weitere Krisen vorprogrammiert sind.

FAZ, 11. September 2002 "Erst die Bilanzskandale stürzten die Wall Street in die Vertrauenskrise"

Winfried Wolf, "Krise der Telekommunikationsbranche", www.jungewelt.de/2002/07-31/007.php

- ➔ **Nein zu Privatisierungen. Kein weiterer Börsengang. Rückführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten**
- ➔ **Massiver Abbau von Überstunden**
- ➔ **Verteilung der Arbeit auf alle. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ohne weitere Flexibilisierung**
- ➔ **Öffentliche Investitionen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Bildung und Gesundheit für die Schaffung von Arbeitsplätzen; finanziert durch das Ende der Umverteilung von unten nach oben und durch eine drastische Besteuerung von Gewinnen und Vermögen (u.a. Wiedereinführung der Vermögenssteuer)**

Wahl zur neuen Auszubildendenvertretung – Was steht an?

Anfang Oktober wurde die bisherige gesetzliche Jugend- und Auszubildendenvertretung durch die neue tarifvertragliche Auszubildendenvertretung abgelöst. Hintergrund hierfür ist die Austöchterung der Ausbildung bei der Telekom ins TTC, wodurch das Betriebsverfassungsgesetz teilweise ausgehebelt wurde. Der neuen Interessenvertretung steht viel bevor. Bisher war die Übernahme aller Azubis unter dem Vorbehalt der bundesweiten Mobilität in den Tarifverhandlungen gesichert worden. Nach dem letzten Abschluss heißt das nun, dass sich die Telekom nur noch verpflichtet, „(...) mindestens die Hälfte in eine unbefristete Beschäftigung zu übernehmen. Die Übrigen sollen zu reduzierten Entgelten zumindest für ein Jahr bei der neuen Agentur beschäftigt werden“, (gemeint ist die Vermittlungs- und Qualifizierungseinheit VQE), so das Handelsblatt vom 1. Juli 2002. Also muss es auch hier für die Azubis – genau wie bei den übrigen Beschäftigten im Telekom-Konzern – heißen, diese Verschlechterungen zu verhindern, indem Gegenwehr organisiert wird. AuszubildendenvertreterInnen müssen gemeinsam mit Azubis und den Funktionären der ver.di-Jugend diskutieren, wie die Übernahme aller Azubis erkämpft werden kann und auch bereit sein, Proteste – auch auf lokaler Ebene – zu organisieren.

Kommt zu den Treffen vom Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di!

„Telekommunikation oder Krisenkommunikation?“

**am Mittwoch,
den 13. November 2002,
um 19:00 Uhr,
im Statthaus Böcklerpark,**

Prinzenstr. 1, Berlin-Kreuzberg,
U 1 bis Prinzenstraße

und zum 13. bundesweiten Treffen

am 16. November 2002 in Köln

**zu den Themen:
Die Lage nach den Bundestagswahlen,
Tarifrunde im öffentlichen Dienst,
Gesundheitsreform u.a.**

Infos unter: Tel.: (01 21) 6 90 97 23, E-Mail:
angelamuench@gmx.de



***Wir brauchen Eure Meinungen,
Artikel, Beiträge etc. Ruft uns an
oder schreibt uns!***

Impressum:

Herausgegeben vom Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und KollegInnen der Deutschen Telekom AG, T-Com, Geschäftskundenniederlassung Berlin und DeTeCSM GmbH und ver.di-Mitgliedern.

Netzwerk 
für eine kämpferische und demokratische ver.di

V.i.S.d.P.: H. Dröge, c/o Amm, Danziger Str. 127, 10405 Berlin, Tel:
(01 79) 6 63 88 11; E-mail: netzwerk_kdoetv@gmx.de